



**STADT
ASCHAFFENBURG** _____ DER OBERBÜRGERMEISTER

Haushaltsrede

des Oberbürgermeisters

Jürgen Herzing

Anpacken statt einpacken

am Montag, 10. Februar 2025, um 15 Uhr

im Großen Sitzungssaal

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Beratungen zum Haushalt 2025 nähern sich mit dem heutigen Tag ihrem Ende. Sie waren die kompaktesten seit vielen Jahren. Es gab kaum Haushaltsanträge, keine hitzigen Debatten um mehr oder weniger bedeutsame Einzelprobleme und selbst die Diskussion um den Personalmehrbedarf wurde sehr sachorientiert geführt. Und das alles trotz der besonders schwierigen Haushaltslage. Dafür danke ich Ihnen.

Ich will zunächst auf den Verwaltungshaushalt eingehen. Schwierig ist die Haushaltslage zwar seit Jahren. Das Geld hat nie gereicht, um alle guten Ideen und sachlichen Notwendigkeiten in wünschenswertem Umfang zu bedienen und das trotz der ständig steigenden Steuereinnahmen.

Es wurde aber bisher in jedem Jahr so viel im Verwaltungshaushalt erwirtschaftet, dass nicht nur der notwendige Zuführungsbetrag erreicht wurde, sondern darüber hinaus auch noch ein mehr oder weniger großer Überschuss, der zur freien Verfügung stand - die sogenannte „freie Spitze“.

Die politische Diskussion ging meist nur darum, wie man das zusätzliche Geld aus dem Verwaltungshaushalt im Vermögenshaushalt investiert. Damit ist es nun vorbei.

Zum ersten Mal seit Jahrzehnten wird bei uns die sogenannte Mindestzuführung knapp verfehlt.

Liegt diese schwierige Haushaltslage nun am Oberbürgermeister, an der Stadtverwaltung, am Stadtrat oder an allen zusammen? Gibt es noch Hoffnung aus dem Finanzloch wieder herauszukommen oder können wir einpacken?

Wer sich mit der Finanzsituation der Kommunen intensiver befasst, wird zu dem Ergebnis kommen, dass sicher die eine oder andere Ursache hausgemacht ist, dass aber das Hauptproblem ein strukturelles ist, das alle Kommunen betrifft. Ich erlaube mir hierzu den Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages Helmut Dedy aus einer Stellungnahme vom Dezember 2024 zu zitieren:

(<https://www.staedtetag.de/presse/pressemeldungen/2024/zeit-ausgeglichener-kommunaler-haushalte-gehoert-vergangenheit-an>)

„Die finanzielle Situation der Städte ist inzwischen wirklich dramatisch. Wir gehen in diesem Jahr von einem Defizit der kommunalen Haushalte von 13,2 Milliarden Euro aus – mindestens. So wie wir die Berichte aus den Städten wahrnehmen, wird das Defizit vermutlich größer werden. Das Brisante an der Situation: Es ist aktuell keine Lösung in Sicht. Und ein weiteres Anwachsen der Defizite in den nächsten Jahren könnten die Städte nur dadurch verhindern, dass sie brutal bei den Investitionen kürzen. Denn die allermeisten Stellschrauben haben wir als Kommunen nicht selbst in der Hand.

... Wir sprechen also nicht über ein selbstverschuldetes, sondern über ein strukturelles Defizit der kommunalen Haushalte.

... Die Zeit der ausgeglichenen kommunalen Haushalte gehört erstmal der Vergangenheit an. Die meisten Städte schauen nicht, ob sie bei freiwilligen Aufgaben sparen, sondern wo.“

An unseren aktuellen Haushaltsdaten lässt sich diese Einschätzung gut nachvollziehen. Wir haben für 2024 einen Überschuss im Verwaltungshaushalt von 10 Millionen Euro geplant und werden den wohl auch erreichen. Bei der Aufstellung des Haushaltsplanes 2025 haben wir die Ausgabepositionen im Wesentlichen auf dem Stand von 2024 eingefroren und damit eine gute Ausgangsposition geschaffen. Anpacken lohnt sich also.

Bei einigen bedeutsamen Positionen ging dies naturgemäß nicht, weil wir hier keinen Einfluss haben:

- Wir müssen bei der Bezirksumlage rund 5 Millionen Euro mehr an den Bezirk abführen.
- Wir benötigen 3 Millionen Euro mehr zur Abdeckung des Klinikumdefizits des Jahres 2024.
- Wir bekommen 2 Millionen Euro weniger Schlüsselzuweisungen

Diese wenigen nicht beeinflussbaren Positionen zehren den Überschuss des Vorjahres komplett auf.

Dazu kommt der Faktor Personalkostensteigerung. In unserem Fall gehen wir neben neuem Personal mit einer Lohnsumme von 1 Millionen Euro von tariflohnbedingten Mehrkosten in Höhe von 3 Millionen Euro aus und auch das nur, weil wir, wie viele anderen Kommunen auch, darauf hoffen, dass die Tarifvertragsparteien Vernunft walten lassen.

Der Tarifabschluss in der Metall- und Elektroindustrie Ende letzten Jahres hat gezeigt, dass Tarifvertragsparteien von Branchen, die in Strukturkrisen sind, durchaus zu maßvollen Tarifabschlüssen in der Lage sind. Wenn nicht, reißt das neue Löcher auf, bei denen nicht klar ist, wie sie gestopft werden sollen.

Der Tarifabschluss ist für die Stadt dabei nicht nur im Hinblick auf die eigene Personalkostenbelastung von Bedeutung.

Er wirkt sich auch massiv auf das Klinikumsdefizit aus. Nach Einschätzung der Geschäftsführung bedeutet 1 % Tariflohnsteigerung mehr oder weniger eine Kostenveränderung beim Klinikum um 2 Millionen Euro und das bei einem Gesamtdefizit von mehr als 40 Millionen Euro, von dem die Hälfte durch die Stadt

abzudecken ist. Ohne Klinikumsdefizit hätten wir unsere Finanzprobleme auch im Investitionsbereich gelöst.

Erneut darf ich in diesem Zusammenhang Hartmut Dedy vom Deutschen Städtetag aus einem Statement vom 10.1.2025 zitieren:

(<https://www.staedtetag.de/presse/pressemeldungen/2025/krankenhaus-finanzierung-kommunen-koennen-nicht-laenger-als-ausfallbuergen-einspringen>)

„Viele Krankenhäuser stecken seit Jahren in einer existenziellen Krise, weil sie strukturell unterfinanziert sind. ...

Schon lange ist allen Beteiligten klar, dass nur eine große, nachhaltige Krankenhausreform einen Ausweg bieten kann. Die Zustimmung des Bundesrates zum Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz war das richtige Signal, um nun die weiteren Reformschritte anzugehen.

... Als erster unmittelbarer Schritt ist jetzt außerdem wichtig, die Defizite der Krankenhäuser angesichts deutlich gestiegener Kosten auszugleichen. Sonst gibt es viele Kliniken nicht mehr, bis die Reform tatsächlich greift.

... Wir erwarten von der Reform, dass sie die strukturelle Unterfinanzierung der Krankenhäuser nachhaltig beseitigt. Die Kommunen sind nicht länger in der Lage, für die Krankenhäuser als Ausfallbürgen einzuspringen und sie mit Beträgen in teils dreistelliger Millionenhöhe pro Jahr zu bezuschussen. Das Geld fehlt sonst, um Kitas, Schulen oder den ÖPNV in den Städten für die Bürgerinnen und Bürger zu finanzieren.“

Dem ist nichts hinzuzufügen.

Auch hier gilt, dass wir das Klinikumsdefizit nicht als gottgegeben hinnehmen. Der Aschaffener Stadtrat hat vor Kurzem den Auftrag erteilt, gemeinschaftlich mit dem Landkreis die Restrukturierung des Klinikums zu beschleunigen. Die ersten Maßnahmen wurden angepackt.

Zurück zu unserer aktuellen Haushaltsentwicklung.

Den bereits erwähnten Mehrbelastungsfaktoren in Höhe von 13 Millionen Euro steht als großer Entlastungsfaktor lediglich der um 3 Millionen Euro erhöhte Einkommensteueranteil gegenüber. Wir sahen uns deshalb gezwungen, Spielräume bei den Gewerbesteuerereinnahmen fast vollständig auszureizen.

Gingen wir bei der Haushaltsplanung 2024 noch von Gewerbesteuereinnahmen in Höhe von 76,5 Millionen Euro aus, so wird das Ergebnis 2024 in diesem Bereich bei 83,5 Millionen Euro liegen. Wir haben daher den Gewerbesteueransatz um 4,5 Millionen Euro auf 81 Millionen Euro erhöht. Dass ist ambitioniert aber nicht abwegig.

Darüber hinaus ist festzuhalten, dass bislang weder der Grundsteuerhebesatz noch der Gewerbesteuerhebesatz für 2025 erhöht wurde. Zusatzbelastungen für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Bereich wurden vermieden. Auch bei den freiwilligen Leistungen wurden keine Kürzungen vorgenommen.

Als Zwischenfazit bleibt daher für den Verwaltungshaushalt festzuhalten, dass wir von einem Zuführungsbetrag aus 2024 in Höhe von 10 Millionen Euro kommen. Durch Steuermehreinnahmen würde er sich eigentlich auf 17,5 Millionen Euro erhöhen. Dem stehen aber die bereits erwähnten zentralen Belastungsfaktoren im Gesamtvolumen von 14 Millionen Euro gegenüber, sodass am Schluss ein Zuführungsbetrag von rund 4 Millionen Euro bleibt.

Das ist nicht berauschend. Es ist aber immer noch ein Ergebnis, um das uns viele Städte in Bayern beneiden.

Kommen wir zum Vermögenshaushalt

Ein zu niedriger Zuführungsbetrag und damit eine fehlende „freie Spitze“ ist eine Hypothek für den Vermögenshaushalt. Je weniger Geld wir im laufenden Betrieb erwirtschaften umso weniger Geld steht für Investitionen zur Verfügung. Hier ist es uns gelungen, das Investitionsniveau auf großer Höhe zu halten.

Für Bauinvestitionen sind im Haushalt 2025 Finanzmittel in Höhe von 41,3 Millionen Euro eingestellt. Das ist eine Rekordsumme gegenüber den Vorjahren. Sie werden auch 2026 und 2027 voraussichtlich auf Rekordhöhe bleiben. Finanziert wird das Ganze 2025 durch 13 Millionen Euro Zuschüsse, 17 Millionen Euro Rücklagenentnahmen und leider auch durch eine Neuverschuldung in Höhe von rund 11 Millionen Euro.

Die Rücklagenentnahme funktioniert allerdings nur einmal und auch die Erhöhung der Verschuldung kann keine Dauerlösung sein. Sie geht zu Lasten der nächsten Generation. Den hohen Investitionsbetrag zu halten oder sogar auszubauen wird nur möglich sein, wenn Bund und Länder den Kommunen unter die Arme greifen.

Oberbürgermeister Markus Lewe, der Präsident des Deutschen Städtetages, hat zum Finanzbedarf der Kommunen im Dezember 2024 Folgendes ausgeführt

(<https://www.staedtetag.de/presse/pressemeldungen/2024/investitionsrueckstand-schuldenbremse-auf-den-pruefstand-stellen>):

„Die künftige Bundesregierung wird nach den Neuwahlen nicht daran vorbeikommen, die Schuldenbremse auf den Prüfstand zu stellen.

Wenn die Schuldenbremse notwendige Zukunftsinvestitionen verhindert, muss sie reformiert werden. Allein die Kommunen haben einen Investitionsrückstand von mehr als 186 Milliarden Euro.

... Schulen und Straßen können nicht zügig saniert, neue Busse und Bahnen nicht angeschafft werden. Viel zu oft fehlen selbst die Mittel, um bestehende Infrastruktur überhaupt instand zu halten. ... Wir müssen unsere Städte umbauen, wenn wir die Verkehrswende, die Energiewende und die Wärmewende schaffen wollen. Die Schuldenbremse darf diese Zukunftsinvestitionen nicht verhindern. Bund und Länder müssen die Städte bei wichtigen Zukunftsaufgaben deutlich mehr unterstützen.“

Bis es so weit ist, werden wir unsere Hände nicht in den Schoß legen, sondern anpacken. Ich möchte Ihr Augenmerk hierzu auf ein paar Investitionsschwerpunkte legen:

Mit den drei großen Schulbauprojekten Kronberg-Gymnasium, Schönberg-Schule und Grünewaldschule investiert die Stadt Aschaffenburg vor allem in die Bildung. Für die Erweiterung der Brentanogrundschule und die Sanierung der Comeniusschule beginnt die Planung. Bei der Berufsschule wird wieder in die Werkstätten investiert. Hinzu kommen diverse Technik- und Toilettensanierungen, alles zusammen ein Investitionsvolumen von 22 Millionen Euro.

Der zweite Schwerpunkt im Bauwesen mit 7,5 Millionen Euro Investitionsvolumen liegt im Tiefbau.

Große Investitionen in unser Kanalnetz sind dringlich da es an vielen Stellen in die Jahre gekommen ist. Die wichtigste Einzelmaßnahme neben dem Becken Willigisbrücke und der Sanierung der Kläranlage ist das Entwässerungssystem Schlossberg. Es ist ein wichtiges Signal, das der Stadtrat das Projekt im Januar mit dem Bau- und Finanzierungsbeschluss auf den Weg gebracht hat.

Wir alle haben uns die Entscheidung nicht leichtgemacht. Die Risiken waren aber derart hoch, dass kein Weg an dieser Baumaßnahme vorbeigeht. Das Projekt Schlossberg zeigt exemplarisch auf, dass wir im Bauwesen vor allem in Projekte finanzieren müssen, die dem Erhalt unserer Infrastruktur dienen. Es sind Pflichtaufgaben.

In den nächsten Jahren werden wir vor der Herausforderung stehen, viel Geld in unsere Straßen, Kanäle und Gebäude investieren zu müssen, denn sie sind gebaut worden als die Stadt Aschaffenburg ab den 1960er Jahren ein großes Siedlungswachstum hatte.

Weiter geht es in diesem Jahr auch mit dem Schlossufer. Nach der Fertigstellung des ersten Bauabschnitts bauen wir sofort weiter an der Stützmauer und der Suicardusstraße.

In der mittelfristigen Finanzplanung sind die abschließenden Bauabschnitte eingepreist, so, dass wir das große Städtebauprojekt 2028/29 zum Abschluss bringen können.

Die vielen positiven Reaktionen der Stadtgesellschaft auf den Aufzug und rund 10.000 Fahrten seit Inbetriebnahme zeigen mir trotz der technischen Anlaufschwierigkeiten in den ersten Wochen, dass wir das Richtige getan haben, nämlich die „Schokoladenseite“ der Stadt aufzuwerten.

Das Richtige wollen wir auch im Bereich von Klimaschutz und Klimaanpassung tun, indem wir trotz knapper Finanzmittel weiter an der nachhaltigen Weiterentwicklung unserer Stadt arbeiten.

Hinlänglich bekannt sind unsere Investitionen im Bereich der Umrüstung der Straßen- und Sportplatzbeleuchtung auf LED. Bekannt ist auch der erhebliche Aufwand für den Umbau unserer Wälder in zukunftsfähige Ökosysteme.

Fortgeführt wird das Interne Contracting und die Förderung des ÖPNV durch ein kostenloses Samstagsticket und ein vergünstigtes Jugendticket.

Auch konzeptionelle Arbeiten werden nicht vernachlässigt. Hierzu gehört die Aktualisierung der CO₂-Bilanz, die Entwicklung von Konzepten und Maßnahmen für eine klimaneutrale Verwaltung und die Erstellung eines Hitzeaktionsplanes.

Das nach außen hin augenscheinlichste Projekt ist aber der Ausbau des Mainradweges mit einem Investitionsvolumen von rund 3,3 Millionen Euro.

Lassen Sie mich zum Schluss nochmals zum Verwaltungshaushalt zurückkehren.

Bei den Haushaltsreden liegt der Focus meist auf den großen Investitionen. Zu kurz kommt dabei die Arbeit der vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die den Betrieb am Laufen halten. Rund 200 Beamte und fast 1000 Arbeitnehmer in der sogenannten Kernverwaltung kümmern sich um uns und unsere Stadt. Ohne sie gäbe es keinen Brandschutz, keine gepflegten Parks, keine verkehrssicheren Straßen und keine funktionsfähige Kanalisation.

Es gäbe keine Rechtssicherheit durch Genehmigungen und niemanden, der Leute in die Schranken weist, die ihre Rechte zu Lasten anderer überziehen. Es gäbe keinen, der sich um schutzbedürftige Kinder kümmert oder um bedürftige Personen im Sozialleistungsbereich oder Ausländerbereich.

Die Liste ließe sich beliebig verlängern und sie wird von Jahr zu Jahr länger, weil man sich immer mehr daran gewöhnt, dass der Staat sich um alles kümmert. Mein Dank gilt an dieser Stelle all denen, die durch ihren persönlichen Einsatz dafür sorgen, dass unsere Stadt funktioniert.

Wir wissen aber auch, dass dies nicht ewig so weitergehen kann. Auch die Stadt hat zunehmend Probleme, qualifiziertes Personal in ausreichender Menge zu finden. Wir müssen versuchen, den Personalbedarf durch Optimierung unserer Verwaltungsabläufe und verstärkte Digitalisierung zu reduzieren. Idealerweise ist das verbunden mit einem Mehr an Dienstleistungsqualität für unsere Bürgerinnen und Bürger.

Um diesen Herausforderungen entschlossen zu begegnen, haben wir bekanntermaßen eine umfassende Organisationsuntersuchung durchgeführt. Seit Januar 2022 arbeiten wir gemeinsam mit der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) an der Neugestaltung unserer Verwaltungsstrukturen.

Unser Ziel ist klar: Prozesse effizienter gestalten, Dienstleistungen digitalisieren und moderne Arbeitsweisen etablieren. Ende vergangenen Jahres haben wir einen wichtigen Meilenstein erreicht – den Abschluss der Analysephase. Das Ergebnis: 342 konkrete Handlungsempfehlungen, die wir konsequent umsetzen werden, um unsere Verwaltung fit für die Zukunft zu machen.

Wie ein roter Faden zieht sich dabei das Thema Digitalisierung durch die Handlungsempfehlungen.

Hier sind wir im vergangenen Jahr ein gutes Stück vorangekommen. Mit über 150 Online-Diensten haben wir eine Basis geschaffen, die nicht nur Effizienz und Bürgernähe in den Mittelpunkt stellt, sondern auch Vorbild für eine moderne Verwaltung ist. Diese Dienste wurden im vergangenen Jahr über 30.000-mal genutzt. Das entlastet die Verwaltung und das wollen wir auch in diesem Jahr weiter ausbauen.

Auch im Bereich der E-Akten haben wir deutliche Fortschritte erzielt. 17 Bereiche der Stadtverwaltung arbeiten inzwischen schon mit elektronischen Akten, zum Teil ämterübergreifend, und der weitere Ausbau wird im Rahmen unseres Dokumentenmanagementsystems noch in diesem Jahr erfolgen.

Ein weiterer Meilenstein war unser Bürgerbeteiligungsprojekt, die Digitale Manufaktur, die Bürgerbeteiligung auf eine neue Ebene hebt. Sie ist ein Pionier der Bürgerbeteiligung, der mit Hilfe von Künstlicher Intelligenz innovative Lösungen entwickelt. Wir werden sie im Juni für die Stadtgesellschaft öffnen und damit eine neue Form der direkten Beteiligung schaffen.

Digitalisierung bedeutet aber auch Investitionen - in IT-Infrastruktur und Personal. Gleichzeitig haben wir unsere IT-Sicherheit gestärkt und im November letzten Jahres einen Hackerangriff erfolgreich abgewehrt, was zeigt, dass wir hier gut aufgestellt sind und wie wichtig Investitionen in diesem Bereich sind.

In diesem Jahr werden wir unsere digitale Visitenkarte - unsere städtische Website - einem Relaunch unterziehen. Ein Mammutprojekt, mit dem wir neue Maßstäbe setzen wollen: Benutzerfreundlichkeit, Barrierefreiheit und klare Strukturen stehen im Mittelpunkt. Ergänzend wird unser Chatbot, der bald auf der gesamten Website zur Verfügung steht, den Zugang zu unseren Dienstleistungen noch einfacher und intuitiver machen.

Zum Schluss möchte ich mich nochmals für die konstruktiven Beratungen bedanken und wie immer den Wunsch zum Ausdruck bringen, dass dem Haushalt eine breite Mehrheit zustimmt auch wenn dieser Wunsch nicht immer in Erfüllung geht.

Packen wir es an.